Pressemitteilung vom 04. Februar 2025

Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

VKA kritisiert Warnstreiks im öffentlichen Dienst

Berlin. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) kritisiert die von den Gewerkschaften ver.di und dbb beamtenbund und tarifunion angekündigten neuerlichen Warnstreiks als völlig überzogen. Erste Warnstreiks hatten bereits Ende Januar, nur wenige Tage nach dem Verhandlungsauftakt, stattgefunden.

„*Jeder, der einmal bei Tarifverhandlungen dabei war, weiß, dass in der ersten Runde grundlegende Positionen und Ziele ausgetauscht werden müssen und die Gewerkschaften auch Zeit benötigen, ihre Forderungen zu erläutern*", **erklärt Niklas Benrath, Hauptgeschäftsführer der VKA**. „*So haben die Gewerkschaften in diesem Verhandlungsauftakt zum Beispiel ein neues Modell zu ihrer Forderung der Ausweitung der Arbeitszeitkonten vorgestellt. Bereits vor der zweiten Verhandlungsrunde Warnstreiks durchzuführen, belastet die Bürgerinnen und Bürger. Die Gewerkschaften setzen damit ein Druckmittel ein, obwohl die inhaltlichen Verhandlungen noch nicht einmal starten konnten*", so Benrath weiter.

Die Kritik der Gewerkschaften an einem fehlenden Angebot der Arbeitgeber weist die VKA entschieden zurück. „*Als kommunale Arbeitgeber tragen wir eine dreifache Verantwortung: Für unsere Beschäftigten, für die Handlungsfähigkeit der Kommunen und für die Bürgerinnen und Bürger, die sich auf einen funktionierenden öffentlichen Dienst verlassen. Ein offizielles Angebot bereits zu diesem Zeitpunkt würde dieser Verantwortung in keiner Weise gerecht werden*", erläutert Benrath.

Die Gewerkschaftsforderungen würden die Personalkosten im Schnitt dauerhaft um weitere 11 Prozent erhöhen. „*Die aktuelle Forderung nach Gehaltssteigerungen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr, plus weiterer kostenintensiver Komponenten, würden die Kommunen überfordern*", betont Benrath.

Die VKA appelliert an die Gewerkschaften, bis auf Weiteres auf Arbeitskampfmaßnahmen zu verzichten. „*Warnstreiks, die die Kinderbetreuung, die Gesundheitsversorgung und den Nahverkehr einschränken oder gar lahmlegen, schaden in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist der falsche Weg*", so Benrath abschließend.

Die Tarifverhandlungen für die mehr als 2,6 Millionen Beschäftigten im kommunalen öffentlichen Dienst sowie beim Bund haben am 24. Januar 2025 begonnen. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 17. und 18. Februar angesetzt.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ist der Spitzenverband der kommunalen Arbeitgeberverbände in Deutschland. Sie regelt die Arbeitsbedingungen für die kommunalen Beschäftigten und schließt Tarifverträge mit den zuständigen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Die VKA vertritt fast 10.000 kommunale Arbeitgeber in Deutschland mit rund 2,6 Millionen Beschäftigten.

Pressekontakt:
Matthias Rebbert
Telefon: (030) 209 699 462, Mobil: 0171 991 142 9, E-Mail: matthias.rebbert@vka.de